Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen – Integrierte jugendpolitische Strategien in städtischen Gebieten

Schlussfolgerungen der Konferenz:

Zentrale Aspekte, die besonders berücksichtigt und vertieft werden müssen:

In diesem Dokument werden zentrale Themen aufgezeigt, die im Plenum der Konferenz vorgetragen wurden. Darüber hinaus werden sowohl in den Berichten der vier Arbeitsgruppen als auch im Gesamtbericht über die Konferenz die wesentlichen Diskussionspunkte ausführlicher dargelegt, wobei auch die in den Arbeitsgruppen und auf den Plenarsitzungen vorgebrachten widersprüchlichen Auffassungen Berücksichtigung finden.

Die Konferenz regt einen europaweiten Austausch zu der Frage des regionenübergreifenden Lernens an, der unter alternierender Federführung europäischer Länder organisiert werden kann. Die Initiative für einen Austausch hat ihren Ursprung auf der lokalen Ebene. Die Teilnehmer sehen die lokale Ebene im Zentrum aller Bemühungen. Der eingeleitete Austausch soll deshalb den Titel „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ tragen.

1. 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ unter Beteiligung von Bürgermeister/innen europäischer Großstädte, Parlamentarier/innen und gewählten Kommunalvertreter/innen, Jugendforscher/innen und Experten/innen der kommunalen Jugendpolitik, Nichtregierungsorganisationen und hier insbesondere Jugendorganisationen, Fachkräften der Jugend- und Sozialarbeit sowie Vertreter/innen deutscher und europäischer Institutionen trafen sich vom 23. bis 25. November 2004 in Berlin, um gemeinsam auf die oft schwierigen Lebensbedingungen junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen aufmerksam zu machen. Initiiert und finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Bundesrepublik Deutschland, wurde diese Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates veranstaltet.

2. In dieser Konferenz werden verschiedene Praxiserfahrungen und Ideen von deutschen und europäischen Kommunen zusammengebracht und anhand konkreter Projektbeispiele diskutiert. Die Konferenz fügt dem europaweiten Austausch von integrierten lokalen Politikansätzen eine neue Qualität hinzu, indem sie die europäischen Kommunen als integralen Bestandteil einbezieht. Dies soll eine Anregung dafür sein, Regionen übergreifendes Lernen in Europa zukünftig durch die alternierende Federführung europäischer Länder zu organisieren.

3. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz bringen als Forscher/innen, Praktiker/innen, Lehrende und Ausbilder/innen, Quartiersmanager/innen, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und Politiker/innen ihr Wissen in die Debatte ein. Ihrer besonderen Verantwortung bewusst, hegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Hoffnung, dass die auf der Konferenz diskutierten Inhalte Gegenstand eines breit angelegten Dialogs mit den zuständigen politischen Gremien und Institutionen der lokalen, regionalen und europäischen Gebietskörperschaften sein werden.

4. Europa hält für junge Menschen viele spannende Perspektiven bereit:
Der Lissabon-Prozess hat zum Ziel, dass im Jahr 2010 die Europäische Union die stärkste wissensbasierte Wirtschaft der Welt ist. Es werden grundlegende Investitionen im Bildungsbereich getätigt werden von der frühen Kindheit über die allgemein bildende Schule, weiter führende Schule, Hochschulausbildung, Berufsbildung bis hin zu Lebenslangem Lernen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas werden zu diesem Prozess beitragen, was sich positiv auf die Mobilität junger Menschen in Europa auswirkt.

Vier Staats- und Regierungschefs, Jacques Chirac, Gerhard Schröder, Jose R. Zapatero und Göran Persson, haben in ihrem Brief vom 29. Oktober 2004 an die Niederländische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zu einem Pakt für die Jugend aufgerufen. Sie betonen in ihrem Brief, dass grundlegende Anstrengungen in Bildung und Ausbildung erforderlich sind, um die in Lissabon vereinbarten Ziele zu erreichen. Gleichzeitig unterstreichen sie die besonderen Risiken und die Probleme der Ausgrenzung, denen Jugendliche ausgesetzt sind. Angesichts weiterhin sinkender Geburtenraten fordern sie eine integrierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Welches sind die Schwerpunkte aus der Perspektive lokaler Kinder- und Jugendpolitik in diesem Zusammenhang?

5. Themen sind:

- Der Zugang benachteiligter Jugendlicher zu qualitativ hochwertiger Bildung und Ausbildung ist eingeschränkt und produziert soziale Ausgrenzung.
- Gewalttätiges Verhalten und Auseinandersetzungen in der Schule, am Arbeitsplatz

und in der Familie sowie Diskriminierungen verschiedenster Art (sozioökonomischer Status, Geschlecht, soziale oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung) nehmen zu.

- Soziale Benachteiligung, fehlende Teilhabe führen in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb dominiert, zur sozialen Ausgrenzung und Vereinzelung. Gewinner und Verlierer der Wettbewerbsgesellschaft verlernen Solidarität und Gemeinsinn.
- Bildungs- und Aufstiegschancen werden oft durch den Status der Eltern bestimmt, wie dies durch die Pisa-Studie insbesondere für Deutschland ausgeführt wird.
- Politik erreicht zunehmend junge Menschen in benachteiligten Stadtgebieten nicht mehr.

6. Besonders in benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen wird man dem Anspruch immer weniger gerecht, allen jungen Menschen gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung anzubieten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit zu handeln und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendliche auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen.

7. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich auf dieser Konferenz mit der Lebenswirklichkeit benachteiligter junger Menschen und beziehen sich explizit auf die europäischen Dokumente der Jugendpolitik wie z.B. die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ und das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“. Das europäische Verfahren zur Suche nach modellhaften Beispielen – ein beachtenswertes und effizientes Instrument des sozialen Lernens – ist ihnen bekannt. Sie regen Verbindlichkeiten und Veränderungen, die darüber hinausgehen an. Deshalb wurde mit dieser Konferenz der „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ angestoßen, bei dem verschiedene soziale Akteure, Interessengruppen und Entscheidungsträger zusammen kommen, um einen Wandel zu diskutieren.

8. Um das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ mit Leben zu füllen, ist eine übergreifende Politik notwendig, die die Lebenschancen und die persönliche Entwicklung von jungen Menschen und ihren Familien in benachteiligten Sozialräumen in den Mittelpunkt stellt. Für solche integrierten Strategien gibt es bereits Erfahrungen, so z.B. im Rahmen des deutschen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und seines Partnerprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Hier werden von Stadtentwicklung und Jugendhilfe integrierte Strategien im Sinne von ressourcenorientierten, ressortübergreifenden und partizipativen Ansätzen initiiert und verstetigt. Diese Programme ermutigen und unterstützen die aktive Partizipation und bilden einen integralen Bestandteil von Stadtentwicklung und Jugend- und Sozialarbeit.

9. Ziel ist eine politische und gesellschaftliche Praxis der Koproduktion zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen. Dieser Ansatz der Koproduktion muss die kommunalen und regionalen Akteure, die nationalen Akteure, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, europäische Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch die jungen Menschen zusammenführen. Diese Form der Koproduktion muss sich an folgenden Handlungssträngen orientieren: formale und non-formale Bildung, Soziale Arbeit, sozialräumliches Erfahrungswissen, politische Partizipation, Kommunikation/Medien, Forschung, Stadtplanung, Migrationspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung und Vermittlung von Menschenrechten.

Ziel ist es, Synergien herzustellen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, Zugang und Teilhabe zu gewährleisten und, vor dem Hintergrund europaweiter Erfahrungen, sicherzustellen, dass alle Bestrebungen der Kinder- und Jugendpolitik der Förderung der persönlichen Entwicklung, der Förderung von Beschäftigung und der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Nur so können Strategien zur Verbesserung der Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen verfolgt werden, die auf dem Individuum und dem Gemeinwesen beruhen.

10. Das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ erfordert die aktive Beteiligung der sozialen Akteure, die Suche nach Synergien und Mehrwert und zielt auf Koproduktion und Co-Management in städtischen Handlungsfeldern. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts sind Good Governance-Strategien der Steuerung und effizienten Koordinierung erforderlich, das machen viele Beispiele in Europa deutlich. Der Aspekt der Steuerung und Koordinierung berührt Begriffe wie Delegation von Verantwortung, sektoren- und ressortübergreifendes Handeln, flexible Budgets, persönliches Engagement über die Grenzen der beruflichen Zuständigkeit hinaus, Transparenz, kritische Evaluierung und Validierung und die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure. Die Steuerung und Koordinierung einer integrierten Jugendpolitik muss erlernt, ermutigt und praktiziert werden. Verbesserungen in diesem Bereich wirken direkt positiv auf

die Zukunftschancen junger Menschen in den benachteiligten Sozialräumen.

11. Die Aufgaben der Steuerung und Koordinierung müssen einhergehen mit einer Jugendpolitik, die auf Koproduktion und Co-Management, auf einen strukturierten Dialog setzt und auf strategischen institutionellen und operativen sozialen Netzwerken beruht. Diese betreffen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen, denn die Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen erlauben keine Trennung zwischen diesen Politikbereichen, die eng miteinander verflochten sind. Ergebnis ist ein kooperativer Policy-Mix aus den Bereichen:

- Stadt- und Quartiersentwicklung, ländlicher Raum
- Empowerment, Partizipation und Bürgerschaft der Bewohnerinnen und Bewohner
- Lokale Bündnisse, Netzwerke und Partnerschaften
- Sozialwesen
- Lokale Beschäftigung
- Bildung und Erziehung
- Sport und Freizeit
- Kultur
- Kooperationen mit Wirtschaft und anderen Sektoren
- Sicherheit
- Gesundheit

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine kooperative und koproduktive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“.

12. „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wird eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger sein. Davon ist sie heute noch weit entfernt. Denn dort, wo Armut, soziale Ausgrenzung und die damit einher gehenden Effekte wie niedriges Bildungsniveau, geringer sozialer Status und geringes Selbstbewusstsein vorherrschen, gibt es keine aktive Mitwirkung am öffentlichen Leben. Das Ideal aktiver Bürgerschaft beschreibt die Fähigkeit, Lebenslagen zu analysieren und sich daran zu beteiligen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu entwickeln. Dies kann nicht erreicht werden ohne Kritikfähigkeit und Anerkennung der unterschiedlichen Rollen im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen, innerhalb dessen sich kreativ Formen des Zusammenlebens entwickeln.

Hierbei handelt es sich um einen integrativen Ansatz, der nicht auf die Mehrheitskultur der Bevölkerung beschränkt ist. Er umfasst Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtige Arbeit von Ausländerbeiräten verdient Würdigung und Respekt. Sie zu unterstützen und einzurichten ist europaweit zu empfehlen. Die Konvention des Europarats über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern auf lokaler Ebene verdient besondere Beachtung.

Nicht nur mit Blick auf benachteiligte Stadtgebiete, vielerorts stellt sich das Problem geringer Wahlbeteiligung, das der Demokratie ihre Grundlage entzieht. Partizipation, Bürgergesellschaft und das Erlernen von Demokratie gehören in die „Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“. Dieser Lernprozess muss interkulturell organisiert und auf die berufliche Integration ausgerichtet und er muss sowohl das Individuum als auch die Gemeinschaft stärken.

13. Um diesen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen, ist der Veränderungswillen vieler Akteure auf kommunalpolitischer Ebene notwendig. Dazu bedarf es der intensiven Kooperation zwischen Akteuren aus den formalen, informellen und non-formalen Bereichen von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Ganz wesentlich ist es, das Vertrauen der Menschen in Behörden und öffentliche Institutionen (z.B. auch Polizei) zu stärken, das vielerorts verschwunden ist. Auf der Basis eines neuen Verhaltenskodexes (code of conduct) muss dieses Vertrauen wieder hergestellt werden. Dies ist die Chance, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu verwirklichen.

14. Sozialpolitische Strategien für Kinder und Jugendliche müssen langfristig konzipiert werden. Kurzfristige Kürzungen öffentlicher Mittel haben oft negative Auswirkungen auf die Bereiche Prävention, Gesundheit, Bildung und berufliche Integration in den Arbeitsmarkt. Es sind Bedingungen herzustellen, unter denen Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Während der Anspruch auf eine angemessene öffentliche Finanzausstattung unbestritten ist, ist es ebenfalls offensichtlich, dass durch effizientes „Mainstreaming“ der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe, durch integrierte Strategien und durch die Kombination und Bündelung lokaler, nationaler und europäischer Fördermöglichkeiten, wie im E&C-Programm beispielhaft gezeigt wurde, Synergieeffekte erzielt werden können.

Um die „soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ zu fördern, empfiehlt die Konferenz:

Panel I: Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung in benachteiligten Stadtgebieten

1. Der Zugang zu Bildung ist eine öffentli-

che Aufgabe sowie das zentrale Element der Teilhabe, Chancengerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit und muss jedem Kind und jedem Jugendlichen möglichst früh zur Verfügung stehen.

2. Ein erfolgreicher Ko-produktionsprozess integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen setzt die unabdingbare Investition in Humankapital und in menschliche Ressourcen voraus.

3. Die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung muss möglichst früh für alle Kinder gewährleistet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz empfehlen den Aufbau von lokalen, im Sozialraum organisierten, vernetzten und präventiven Angeboten.

4. Übergänge in den Bildungs- und Erziehungsangeboten müssen besonders gestaltet werden, Erreichbarkeit der einzelnen Angebote sollte gesichert sein und der „Gesamtbauplan" der Angebote für alle Betroffenen transparent sein.

5. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden.

6. Eine zweite Chance bei Bildung und Ausbildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche liegt im Interesse der europäischen Gesellschaften und ist eine öffentliche Aufgabe.

7. Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sichergestellt werden kann, müssen bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc. Alle Bildungssysteme müssen neu gedacht und zusammen gebracht werden.

Panel II: Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe

1. Bei Fragen der Integration ist nicht nur auf die vermeintlichen Defizite der zugewanderten Menschen zu schauen, sondern Integration ist als gesellschaftlicher Reichtum zu werten und die Ressourcen, die Menschen mitbringen, in den Blick zu bekommen.

2. Wenn von Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher gesprochen wird, sollte dies nicht reduziert geschehen, sondern die Eltern, die Herkunft und Lebensgeschichte der Zugewanderten mit betrachtet werden, weil nur ein komplexes Verständnis von Integration, Integration auch ermöglicht.

3. Der Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind zunächst als Individuen mit eigenen, unterschiedlichen Lebenswegen und Lebenssituationen zu betrachten.

4. Wichtig ist die Initiierung eines interkulturellen Austauschs. Dieser kann sich in erster Linie auf die Anerkennung von Differenzen und die Etablierung von (ethnischer) Vielfalt beziehen, aber auch auf Ansätze, die die Anerkennung von Differenzen mit der Suche nach Gemeinsamkeiten verbinden.

5. Um die Fragen der Integration in der Kommune zu lösen, sind Kooperationsverbünde zwischen Verwaltung, NGOs und Akteuren der Zivilgesellschaft von Nöten.

6. Integrationspolitiken verlangen eine Neugestaltung des Denkens. Die handelnden Akteure müssen ihre Haltungen und Sichtweisen überprüfen, denn diese haben Rückwirkungen auf Konzepte und deren praktische Umsetzung. Strategien der Integration verlangen eine (selbst)reflexive Auseinandersetzung in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgabenstellungen.

7. Damit eine Integrationspolitik nicht nur „für" die Zugewanderte umgesetzt wird, sondern sich interkulturell definieren kann, sind besonders auf Stadtteilebene Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren zu organisieren.

8. Ein Austausch im Rahmen des angestoßenen Prozesses zwischen Verwaltung, Regionen, Stadtteilen und Gemeinden über Fragen der Integration wird benötigt und der angestoßene „Berlin-Prozess" sollte einen solchen Austausch unterstützen.

Panel III: Steuerungsstrategien und lokale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen

1. Lokale Steuerung sozialer Stadtteilentwicklungsprozesse ist eine nur langfristig zu lösende Aufgabe der Verwaltungsreform der Kommunen. Grundlage für ein mittel- und langfristiges verlässliches Arbeiten in benachteiligten Stadtteilen sollten Verträge über die Finanzierung lokaler Entwicklungsvorhaben zwischen Kommune und staatlichen Institutionen (Regierung) bilden. Nur verbindliche Vereinbarungen können langfristig Vorhaben absichern.

2. Wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Erhebungen der Wirksamkeitsforschung sind die Basis für Entscheidung über Strategien und Programme. Beispiele guter Praxis erfüllen die Kriterien der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit des Ressourceneinsatzes.

3. Lokale Netzwerke müssen offen für alle Akteure und deren Vorschläge gestaltet werden.

4. Ein strategischer dynamischer Steuerungskreislauf ermöglicht eine permanente Anpas-

sung der Stadtteilarbeit an die veränderten Handlungsbedingungen.

5. Aktive und offene Kommunikationsstrategien sollen Steuerungsinstrumente und Koordination ergänzen und die Medien genutzt werden.

6. Projekte und Vorhaben im Stadtteil sollen sich künftig an der Umsteuerung der EU-Förderung von Strukturfonds hin zu integrierten Strategien als Mainstream der europäischen Sozial- und Jugendförderung orientieren.

Panel IV: Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

1. Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen.

2. Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation.

3. Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können, benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten ggf. auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z.B. Telefon, Internet) und Mobilität.

4. Beteiligung ist ein Lernprozess, und zwar nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Politik.

5. Beteiligung muss altersgerecht ab dem Vorschulalter ermöglicht werden.